

## Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft

Mehr als schätzungsweise 800 Menschen waren am Abend des 28. Februar im Katharinenaal des Frankfurter Gewerkschaftshauses versammelt, um einer öffentlichen Konfrontation zwischen dem Kanzler-Berater Rüdiger Altmann, der zugleich auch der renommierteste publizistische Fürsprecher der Formierten Gesellschaft ist, und dem Kölner Publizisten Reinhard Opitz, der die Formierungspläne der bislang gründlichsten und meistbeachteten Kritik unterzogen hat\*), beizuwohnen. Das von vielen Seiten mit größtem Interesse erwartete Streitgespräch fand nicht statt. Rüdiger Altmann ließ am Abend zuvor mitteilen, daß er wegen „gesellschaftlicher Verpflichtungen“ verhindert sei.

Der Diskussionsveranstalter, der Frankfurter ‚Club Voltaire‘, hatte sich rechtzeitig kompetenter Gesprächsteilnehmer versichert. Unter der Diskussionsleitung des Frankfurter Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Iring Fetscher sollten auf seiten der Formierungsbefürworter außer Altmann der Redakteur des ‚Industrie-Kurier‘ E. W. Mänken, auf seiten der Kritiker außer Opitz das Mitglied des Hauptvorstandes der IG Chemie, Werner Vitt, und der hessische SPD-Landtagsabgeordnete Olaf Radke, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall, am Gespräch teilnehmen. Der Abend wurde trotz Altmanns Absage für die Zuhörer aufschlußreich. Es entwickelte sich, wie die ‚Frankfurter Rundschau‘ am nächsten Tag konstatierte, „mit der Zeit . . . das Skelett der Formierungsidee“; am Ende stand „das Gespenst der Formierten Gesellschaft“ — so hatte die Rundschau ihren Bericht überschrieben — deutlich im Raum.

Von den Veranstaltern war vorgesehen, daß zu Beginn des Gesprächs Rüdiger Altmann und Reinhard Opitz je zwanzig Minuten lang ihre Interpretation der Formierten Gesellschaft gegeneinanderstellen. Professor Fetscher blieb nichts anderes übrig, als das Publikum nun durch die Verlesung eines Erhard-Textes so gut wie möglich mit dem Standpunkt der Formierungsbefürworter bekanntzumachen. Opitz, der sich vorgenommen hatte, an diesem Abend Rüdiger Altmann mit den Ergebnissen seiner mehrmonatigen Untersuchungen zu konfrontieren, trug dann in elf einleitenden Feststellungen seine Kritik vor. Während sich der Vertreter des ‚Industrie-Kurier‘ nach ersten Einwendungen, die rasch widerlegt wurden, zunehmend zurückhielt, wiesen Vitt und Radke mit wachsender Eindringlichkeit auf den antidemokratischen und gewerkschaftsfeindlichen Charakter des Formierungsvorhabens hin. Werner Vitt forderte die Versammlung zu äußerster Wachsamkeit auf und hielt zur Abwehr der grundgesetzwidrigen Formierungspläne den Widerstand aller Demokraten für erforderlich.

Das ‚Heidelberger Tageblatt‘ zitierte zwei Tage später Professor Fetscher, der abschließend bemerkt hatte, er könne sich „eine schlüssige Widerlegung der Opitz’schen Kritik nicht vorstellen.“ Das Blatt knüpfte daran den Kommentar: „Folgt dies ein Professor der politischen Wissenschaft, so kann es über die Gründe der

\*) Reinhard Opitz, Der große Plan der CDU: die ‚Formierte Gesellschaft‘, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Heft 9/1965, und als Nr. 17 der Sonderdruck-Reihe „Argumente zur Zeit“, Köln.

## ELF FESTSTELLUNGEN ZUR FORMIERTEN GESELLSCHAFT

*Altmann-Absage kaum Zweifel geben. Der Frankfurter Eklat ist von durchaus überregionaler Bedeutung ...*

*Wir geben im folgenden den einführenden Beitrag von Reinhard Opitz wieder, in dem einige wichtige Aspekte des Formierungsprogramms in der durch die vereinbarte zeitliche Beschränkung gebotenen Kürze zusammengefaßt sind.*

D. Red.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Versucht man, sich bei Befürwortern der Formierten Gesellschaft danach zu erkundigen, wozu eine angeblich „modernere“ Form unserer gesellschaftlichen Ordnung denn notwendig sei und wie sie aussehen solle, dann bekommt man in der Regel zunächst nicht sehr viel mehr zu hören als etwa folgendes: Es sei doch angesichts der Unvernunft der Interessenverbände heute gar keine verantwortbare Haushaltspolitik mehr möglich. Die Parlamente ließen sich unter dem Druck der Verbände oder der Wählererwartungen zu Ausgabebeschlüssen hinreißen, die das notwendige wirtschaftliche Wachstum und damit letztlich die Währungsstabilität und den Wohlstand aller in Gefahr brächten und außerdem jede langfristig konzipierte gesellschaftliche Strukturpolitik unmöglich machten. Oder: So große und für die Zukunft entscheidende Projekte wie die Gemeinschaftsaufgaben seien bei einem Neben- und Gegeneinander von Bund, Ländern und autonomen, querköpfigen Parlamenten gleich auf drei Ebenen doch gar nicht durchführbar. Auf keinem Gebiet der Politik ließe sich auf die Dauer vorankommen, wenn sich auch weiterhin gegen jede notwendige Maßnahme — wie etwa gegen die Streichung „nicht mehr vertretbarer Subventionen“ — sofort immer die Betroffenen zusammentun und durch Druck auf die Parteien und Parlamente die Durchsetzung des für richtig Erkannten blockieren. Wenn wir auf dem Wege zum Jahr 2000 mit den anderen Industrienationen mithalten, unser Wirtschaftswachstum sichern und international unsere Wettbewerbspositionen wie unseren politischen Einfluß vergrößern wollten, dann müßten künftig im Innern der Bundesrepublik die gesellschaftlichen Verbände, vor allem die Gewerkschaften, schon etwas weniger an ihre „egoistischen“ Interessen und etwas mehr an die Interessen „des Ganzen“ denken, müßten sich die Länder auch etwas weniger auf ihre Hoheitsrechte versteifen und etwas mehr „dem Gemeinwohl“ verpflichtet sehen — müßte überhaupt in unserer Gesellschaft weniger konkurriert und mehr „kooperiert“, weniger gefordert und mehr „geleistet“, weniger das Gegeneinander als das „Miteinander“ praktiziert werden.

Und damit es dazu auch komme, sei es mit bloßen Appellen an die „Einsicht“ nun einmal nicht getan. Einige Verfassungsänderungen seien nötig. Eine etwas stärkere Autorität z. B. müsse der Bundesregierung eingeräumt werden, wenn sie die übers Maß wuchernde Umverteilung des Sozialprodukts besser in den Griff bekommen soll; auch eine Synchronisierung von Bundes- und Länderwillen bedürfe, da sie sich doch keinesfalls außerhalb der Legalität einspielen solle, der verfassungsrechtlichen Legalisierung. Und die notwendige „Unabhängigkeit der Parlamente vom Einfluß der Interessengruppen“ werde sich ebenfalls nur mittels einiger gesetzlicher Nachhilfen verwirklichen lassen. Das bedeute ein paar reformerische Eingriffe ins Grundgesetz, gewiß — aber dabei handele es sich doch nur um eine Anpassung der geschriebenen Verfassung an entweder ohnehin schon weitgehend gegebene Wirklichkeiten oder äußerstenfalls an das morgen schon schlechterdings Notwendige. Und: es geschehe doch nur im Interesse der besseren Verwirklichung des „Gemeinwohls“.

## ELF FESTSTELLUNGEN ZUR FORMIERTEN GESELLSCHAFT

Das klingt — zumal wenn man es etwas weniger distanziert vorträgt, als ich es hier eben getan habe — zunächst einmal ziemlich nüchtern und hat etwas Verführerisches. Zugleich wirft es aber natürlich auch eine Reihe von Fragen auf. Was ist das: das „Gemeinwohl“ — nach welchen Kriterien läßt sich sein Inhalt bestimmen und wer ist befugt, diese Kriterien verbindlich für die gesamte Gesellschaft zu setzen? Wie unterscheiden sich legitime von egoistischen Interessen? Und zu wessen Interessenvertretungen würden die Parlamente, wenn in Zukunft die Forderungen zahlenmäßig sehr starker gesellschaftlicher Interessenrichtungen als verantwortungslos und folglich auch als der parlamentarischen Vertretung nicht würdig gelten?

Je mehr man solchen Fragen an Hand der inzwischen schon ziemlich zahlreich gewordenen kommentierenden Texte nachzugehen versucht, desto mehr weiten sich die Konturen des Formierungsvorhabens, desto erstaunlichere Tatbestände kommen zum Vorschein. Da findet man, um nur die neueste dieser interpretierenden Schriften als Beispiel heranzuziehen <sup>1)</sup>, etwa Abhandlungen unter der Überschrift: „Die Gefahren der liberal-demokratischen Zivilisation“ oder eine Charakterisierung der Formierten Gesellschaft als Gegenentwurf zu einer Gesellschaft, die sich, wie unsere heutige, (wörtlich) „liberal und demokratisch gebärdet“ . . . „Sie“ (die Formierte Gesellschaft) „ist die Antwort auf die Herausforderung der liberal-demokratischen Entwicklung.“

Was ist das Gefährliche an einer liberal-demokratischen Entwicklung? Ich zitiere: „Die Gefahr liegt im Mißverständnis der Demokratie als ‚Diktatur der Mehrheit‘ und rücksichtsloser Anwendung des Majoritätsprinzips . . .“. Der der Formierten Gesellschaft zugrunde liegende Demokratiebegriff bedeute dagegen „eine klare Absage an Demokratie als bloßen Pragmatismus und Mehrheitsdiktatur.“ . . . „Nur die Demokratie, die das Recht der Mehrheit eingrenzt . . . hat Anspruch auf unser ethisches Engagement.“. Stutzig — und begierig, dem Plan etwas mehr auf den Grund zu gehen — wird man auch, wenn man für die geforderte „Gemeinwohlorientierung“ der großen gesellschaftlichen Verbände die folgende Begründung findet: „Der Druck etwa des DGB auf die SPD in der Frage der Notstandsgesetzgebung hat deutlich gemacht, wie dringlich der konstruktive Einbau der großen Verbände ins Staats- und Gesellschaftsganze ist.“

Man könnte die Reihe dieser Beispiele fortsetzen, und zwar solange, bis sich die Fülle merkwürdiger Details — die auffälligerweise in allen Formierungstexten enthalten sind und einander ergänzen — auf einmal zu einem recht klaren, in seinen Dimensionen allerdings gar nicht mehr harmlosen Bild rundet. Ich kann Ihnen dieses wirkliche Bild der Formierten Gesellschaft hier im einleitenden Beitrag natürlich nicht, wie es notwendig wäre, systematisch entwickeln, dazu wäre etwas mehr Zeit erforderlich. Auf der anderen Seite hat es nach meinem Gefühl aber auch wenig Sinn, in der folgenden Diskussion von etwas anderem als von diesem vollständigen Bild auszugehen. Ich möchte Ihnen deshalb hier zu Beginn wenigstens den Extrakt solch einer genaueren Durchsicht der einschlägigen Materialien in knapp zusammengefaßter Form vortragen, und zwar in der Form von „elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft“:

### Feststellung 1

Das „Gemeinwohl“, dem sich Parlamente, Parteien, Länderregierungen, Kommunen, Gewerkschaften und alle übrigen Gruppen der Gesellschaft unterordnen sol-

<sup>1)</sup> Die Zukunft der Demokratie. Erhards Formierte Gesellschaft oder sozialistischer Demokratismus, hrsg. von der Politischen Arbeitsgemeinschaft (Polag), Bereich Nordrhein-Westfalen.

len, ist in seinem Inhalt identisch mit den wirtschaftlichen und politischen Interessen der großen Industriekonzerne und der ihnen interessenmäßig verbundenen Großbanken. Jede Untersuchung der in Zusammenhang mit dem Formierungsplan vorgelegten Programme für einzelne Teilbereiche der Politik — handle es sich um die Sozialpolitik, die Finanz- und Steuerpolitik, die Bildungspolitik, die Verfassungspolitik, die Wirtschafts- oder die Außenpolitik — führt zu dem desillusionierenden Ergebnis, daß es nur die von diesen Kreisen erhobenen Forderungen sind, an denen sich die künftige Politik orientieren und um deren willen sich die Gesellschaft formieren soll. Die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen sind bei der inhaltlichen Bestimmung dessen, was jeweils als das Interesse „des Ganzen“ ausgegeben wird, immer nur so weit berücksichtigt, wie ihre Berücksichtigung im Interesse der Industrie selbst liegt.

## Feststellung 2

Die Intentionen der führenden deutschen Wirtschaftskreise sind nach außen hin darauf gerichtet, Westeuropa, wie es in der Regierungserklärung heißt, „politisch, wirtschaftlich und militärisch zu formieren“, es also in seinen inneren Verhältnissen den Zielen der eigenen Politik gemäß auszurichten — und darüber hinaus auch die übrige westliche und nichtkommunistisch-neutrale Welt auf dem gemeinsamen Nenner einer nach Bonns Vorstellungen zu betreibenden Globalstrategie zu vereinen, wodurch im Ergebnis die Veränderung des mitteleuropäischen status quo möglich werden soll. Dieses Programm bei den Staaten der westlichen und neutralen Welt durchzusetzen, reicht die gegenwärtige politische Kraft der Bundesrepublik, wie die letzten Jahre bewiesen haben, nicht aus. Das Interesse der Industriekonzerne richtet sich deshalb im Innern auf eine maximale Steigerung der industriellen Leistung wie der militärischen Stärke; beides gilt ihnen als die unerläßliche Voraussetzung für eine Steigerung ihres außenpolitischen Durchsetzungsvermögens. Der Wille, den europäischen status quo abzuändern und letztendlich — wie Erhard es ohne Scheu propagiert — auch im östlichen Teil Europas die eigenen Ordnungsvorstellungen zum Zuge zu bringen, erzeugt also das Bedürfnis nach einer Steigerung der industriellen Leistungskraft, die weit über das hinausgeht, was vom bloßen Interesse an der Erhaltung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit her erforderlich wäre.

Eine Kraftsteigerung, die — gemessen an dieser außenpolitischen Zielsetzung — als ausreichend gelten kann, macht jedoch in den kommenden Jahren nicht nur einen Aufwand an Investitionskapital erforderlich, wie er bei einer Fortführung der von den heutigen Parlamenten betriebenen Haushaltspolitik nicht zu erzielen wäre. Sie wird überhaupt nur für möglich gehalten, wenn es gelingt, die gegenwärtige pluralistische Gesellschaft in eine „Leistungsgemeinschaft“ umzuwandeln, in der alle gesellschaftlichen Gruppen in solidarischer Kooperation auf das gemeinsame Ziel der Kraftpotenzierung hinarbeiten und bereit sind, jedes dazu im Gegensatz stehende Interesse hintanzustellen.

## Feststellung 3

Um die solidarisch kooperierende Gesellschaft herzustellen und ihre Funktionsfähigkeit dauerhaft sichern zu können, verlangen die Industriekonzerne: einen starken Staat, der sich notfalls auch über parlamentarische Mehrheitsbeschlüsse, zunächst vor allem in Fragen des Haushalts, hinwegsetzen kann; des weiteren und dementsprechend eine Eingrenzung der Länderbefugnisse, vor allem ihrer haushaltspolitischen Souveränität, und eine wirksame Abschirmung der Parla-

mente vom Einfluß der aus der Gesellschaft und ihren Organisationen an sie herandrängenden haushaltswirksamen Forderungen. Diese „Reform der deutschen Demokratie“ soll eingeleitet werden durch die Verabschiedung der Notstandsverfassung, der Finanzverfassungsreform und zahlreicher Gesetze zur Änderung des Haushaltsrechts. Am Ende dieser Reform wäre der Staat — durch die Notstandsverfassung — wieder zu einer der Gesellschaft und ihren Grundrechten prinzipiell übergeordneten Instanz geworden, wären die Länder — durch die Reform der Finanzverfassung — so stark an die konjunktur- und haushaltspolitischen Rahmenvorschriften des Bundes gekettet, daß ihnen eine vom Willen der Bundesregierung abweichende Politik gerade auf den Gebieten, auf denen sie bislang eine wirkliche Autonomie besaßen (nämlich im Bereich der Gemeinschaftsaufgaben), nicht mehr möglich wäre; die Parlamente aller Ebenen wären durch dieselben Bindungen in ihrer haushaltspolitischen Entscheidungsfreiheit so eingeschränkt, daß sie zur Berücksichtigung der aus der Gesellschaft an sie herangetragen Forderungen kaum noch in der Lage wären. Bezüglich der Haushaltspolitik wäre eine von unten nach oben hin wirkende Willensbildung nicht mehr möglich.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland war für einen Staat verfaßt, der sich gegenüber seinen europäischen Nachbarn nicht mehr expansiv, sondern friedensstaatlich verhalten und der in seinem Innern die Züge der parlamentarischen Demokratie und der Sozialstaatlichkeit entwickeln sollte. Die Ankündigung der „Reform der deutschen Demokratie“ fällt zeitlich zusammen (und ist inhaltlich gleichbedeutend) mit der Verkündung des „Endes der Nachkriegszeit“ — die als eine Zeit der Abhängigkeit von den Wünschen der Alliierten charakterisiert wird. Mit der „Reform der deutschen Demokratie“ soll das Grundgesetz den Erfordernissen einer wieder expansiv gewordenen, die Nachkriegs-Gelöbnisse hinter sich lassenden Politik angepaßt werden.

#### Feststellung 4

Die Überwindung des im nicht-staatlichen Raum der Gesellschaft anzutreffenden politischen und weltanschaulichen Pluralismus, vor allem die Bindung der Gewerkschaften und der anderen großen Verbände an das „Gemeinwohl“, soll mit Hilfe der „neuen Techniken des Regierens“ erreicht werden, das heißt: mit Hilfe einer gezielten Informationspolitik, die die entpolitisierten Bevölkerungsmehrheiten gegen die unbequemen politischen Minderheiten aufzubringen, die Verbandsführungen von ihrer Mitgliedschaft, nonkonformistische Kommentatoren der Massenmedien vom Publikum zu isolieren sucht. Dieses Programm, das sich hinter dem Stichwort von der „informierten Gesellschaft“ verbirgt, soll mittels Formierung der öffentlichen Meinung die Kapitulation der Verbandsführungen erzwingen und ihre Umfunktionierung einleiten von Interessenvertretungen einzelner gesellschaftlicher Gruppen gegenüber dem Staat zu Hilfsorganen bei der Vertretung der staatlich-großindustriellen Gemeinwohlvorstellungen gegenüber der eigenen Mitgliedschaft und den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen.

#### Feststellung 5

Bei der Herstellung eines formierten „gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins“ fällt den heutigen Wirtschaftswissenschaften eine bedeutende Rolle zu. Da die Öffentlichkeit die ideologischen Prämissen dieser Wirtschaftswissenschaft kaum wahrnimmt, ist es möglich, alle auf die Demokratisierung der Gesellschaft gerichteten,

## ELF FESTSTELLUNGEN ZUR FORMIERTEN GESELLSCHAFT

vor allem aber auch alle den großindustriellen Interessen zuwiderlaufenden sozialen Forderungen mit ihrer Hilfe als „wissenschaftlich unhaltbar“ darzustellen. Von ihrem Ansatz her wäre die heutige Wirtschaftswissenschaft sogar jederzeit in der Lage, die politische Idee der Sozialstaatlichkeit und das Majoritätsprinzip der parlamentarischen Demokratie als volkswirtschaftlich unvertretbaren Luxus nachzuweisen. Der apologetische Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftswissenschaft kommt zwar in aller gutachterischen Tätigkeit immer wieder aufs neue zum Ausdruck — etwa darin, daß sich ihre Vertreter angesichts des Phänomens aufgeblähter Haushalte einerseits dennoch jeglicher Kritik am größten und aufgeblähtesten aller Etatposten, dem des Verteidigungsministers, mit der Begründung enthalten, daß dies eine politische und folglich eine außerhalb ihrer Urteilskompetenz liegende Frage sei, sie sich aber andererseits jederzeit für Kritik an der Sozialgesetzgebung und am Grundgesetz zuständig fühlen, als seien dies keine „politischen“ Fragen. Solange jedoch die Öffentlichkeit den Charakter der heutigen Wirtschaftswissenschaft als eines Hilfsinstruments zur Verbrämung der großindustriellen Expansions- und Hegemoniebestrebungen nicht durchschaut, bleibt die Wirtschaftsideologie einer der wichtigsten Faktoren bei der „Integration“ des gesellschaftlichen Bewußtseins.

Die Ideologen der Formierten Gesellschaft sind sich allerdings dessen bewußt, daß die Wirksamkeit der wirtschaftlichen Argumentation in dem Maße dahinschwinden könnte, in dem die geplante Reduzierung der heutigen Sozialpolitik auf eine bloße Politik der „sozialen Bürgerschaft“ voranschreitet. Von daher erklärt sich ihre Forderung nach einem neuen Irrationalismus, von dem das künftige „gesamtgesellschaftliche Bewußtsein“ geprägt sein solle.

### Feststellung 6

Als das stärkste Hindernis auf dem Wege in die Formierte Gesellschaft erweist sich die seit 1945 in die deutsche Öffentlichkeit getragene und vor allem bei der Jugend anzutreffende Demokratie-Erwartung. Das entwickelte Demokratie-Verständnis wird deshalb zum Gegenstand des informationspolitischen Angriffs. Mit der Unterscheidung von Demokratie und „Demokratismus“ sollen alle auf rationalistische Traditionen zurückgehenden Momente aus dem Demokratie-Begriff eliminiert, seine humanistischen, liberalen und sozialen Inhalte als illegitime säkularisierte Heilserwartungen deklariert und damit in den Bereich des politisch nicht Realisationswürdigen verwiesen werden. Auf diese Weise soll die Vokabel „Demokratie“, die schon gegenüber dem Ausland nach wie vor unentbehrlich ist, anwendbar bleiben auch auf die Ordnung der Formierten Gesellschaft.

### Feststellung 7

Die Demokratie soll nach dem Willen der deutschen Industriekonzerne diesmal nicht weggeputzt, sie soll auf eine legale und der Bevölkerung möglichst unmerkliche, eben „modernere“ Art wegmanipuliert werden. Da sich die Industrie über die Risiken auch einer lautlosen Überführung der Demokratie in eine faktisch nicht mehr demokratische Ordnung durchaus im klaren ist, sie den politischen Widerstand der tragenden Kräfte unserer heutigen pluralistischen Gesellschaft ebenso einrechnet wie die aus dem geplanten sozialen Abbau möglicherweise neu erwachsenden Widerstände, drängt sie auf die rasche Institutionalisierung eines Staates, der wieder Herr über den Ausnahmezustand ist. Die Gesellschaft soll nicht vor die Frage: Formierte Gesellschaft oder Beibehaltung der heu-

## ELF FESTSTELLUNGEN ZUR FORMIERTEN GESELLSCHAFT

tigen pluralistisch-demokratischen Gesellschaftsordnung, sie soll nur noch vor die Alternative der freiwilligen oder der zwangsweisen Formierung („innerer Notstand“) gestellt werden.

### Feststellung 8

Das Formierungsprogramm stellt klar, daß die geplanten Eingriffe ins Grundgesetz nicht etwa, wie es noch zu Beginn der Notstands-Diskussion vorgegeben wurde, im Interesse des wirksameren Schutzes der Demokratie vorgenommen werden sollen. Nachdem die in der Öffentlichkeit vorhandenen Demokratie-Vorstellungen nunmehr unverhüllt als nicht anstrebenswerte Idole bezeichnet werden und der gesellschaftliche Meinungspluralismus als Symptom einer zu überwindenden ‚Zerrissenheit‘ angegriffen wird, bleibt auf die Frage, wofür die Gesellschaft maßhalten, Opfer bringen und sich zusammenschließen soll, nur noch eine einzige Antwort möglich: dies alles soll die Gesellschaft im Interesse der Durchsetzung eines nackten Machtanspruchs, nämlich allein zur Förderung der imperialen Hegemoniebestrebungen der deutschen Konzerne leisten. Den Industriekonzernen ist es nicht um den Schutz der Demokratie, es ist ihnen im Gegenteil um die Absicherung ihrer Interessen gerade gegenüber der Demokratie zu tun.

### Feststellung 9

Alle Vorwürfe, die gegen das heute verbreitete Demokratie-Verständnis, gegen die Parlamente, den Parteienstaat, den Föderalismus und die Gewerkschaften erhoben werden, wurden in ähnlicher, bisweilen sogar gleichlautender Form schon in den Weimarer Jahren vorgetragen. Damals bereits empfanden die führenden deutschen Industriekreise die parlamentarische Demokratie und das in ihr herrschende Majoritätsprinzip als ihren Interessen nicht gemäß und drängten auf die Herstellung einer „neuen Ordnung“. Die spezifische Form, in der der Nationalsozialismus diese Aufgabe löste, galt ihnen schon damals nicht als die einzig mögliche oder wünschbare. Es gab verschiedenartige Lösungsvorstellungen, die in ihrer Substanz jedoch alle darauf zielten, die staatliche Politik unabhängig zu machen von unbequemen, den Industrieinteressen zuwiderlaufenden Willensentscheidungen der Gesellschaft.

1945 wurden mit dem Faschismus auch all diejenigen inneren Ordnungsprinzipien wieder beseitigt, deren Einführung den Interessen der Industrie entsprochen hatte. Je mehr in unseren Jahren jedoch die wirtschaftliche Konzentration vorschreitet, die Automation schwierige strukturelle Probleme aufwirft, der innerwestliche Konkurrenzkampf schärfer wird und sich die außenpolitische Position der Bundesrepublik verschlechtert, desto mehr sehen sich die Industriekonzerne durch die heutigen Konstellationen abermals einer nach ihrer Meinung nicht länger erträglichen Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Gesellschaft und ihren eigenen Interessen gegenüber und drängen auf eine Lösung. Der Formierungsplan zielt auf die Rückkehr zu Ordnungsstrukturen, um derentwillen der deutschen Industrie bereits seinerzeit der Faschismus als ‚Fortschritt‘ erschienen war. Der Weg in die Formierte Gesellschaft ist ein Schleichweg zu einem modernen, den Bedingungen der heutigen Zeit angepaßten Faschismus.

### Feststellung 10

Die außenpolitischen Ziele, um derentwillen dieser Weg in eine nachdemokratische Gesellschaftsordnung für nötig gehalten wird, sind nicht weniger unreal als

es die Zielsetzung des deutschen Faschismus oder auch des Wilhelminischen Reiches in jenen Jahren war, da der Kaiser keine Parteien mehr kennen wollte. Mochte damals aber vielleicht noch eine halbe oder viertel Chance dafür zu rechnen gewesen sein, daß sich die Welt mit einer Formierung Europas nach den Vorstellungen der deutschen Industrie abfinden könnte, so gibt es diesmal nicht die geringste Berechtigung für eine derartige Hoffnung. Die außenpolitischen Ziele, um deren willen unsere Gesellschaft formiert werden soll, sind von vornherein absolut unerreichbar. Sie werden verkündet in einem Augenblick, da der 15jährige Versuch zu einer Politik der Stärke nur noch die zunehmende Isolierung der eigenen Position innerhalb des westlichen Bündnisses bewirkt und sich die westliche Blockbildung, die die Machtbasis für die Veränderung des europäischen status quo abgeben sollte, längst wieder rückläufig entwickelt. Die Herstellung der Formierten Gesellschaft könnte nur zur weiteren Isolierung der Bundesrepublik und allerdings zu einer gefährlichen Steigerung der Spannungen in Mitteleuropa, sie kann nicht zu den gewünschten außenpolitischen Erfolgen führen.

Feststellung 11

Wirtschaftliche Konzentration, Automation und zunehmende internationale Wirtschaftsverflechtung stellen unsere Gesellschaft in der Tat vor neue Fragen und zwingen sie zur Reflexion über die Tauglichkeit ihrer gegenwärtigen Strukturen. Auf alle diese Probleme gibt es jedoch jeweils antidemokratische und demokratische Antworten. Wird allerdings trotz der Entwicklung zu immer größer werdenden wirtschaftlichen Machtgebilden das Prinzip der uneingeschränkten privaten Unternehmerentscheidung nach wie vor als der höchste aller gesellschaftlichen Werte angesehen, dann können wirtschaftliche Konzentration im Innern und übernationale Wirtschaftsverflechtung im Ergebnis immer nur dazu führen, daß sich die zu unvergleichlicher Machtfülle emporgestiegenen Konzerne die Gesellschaft unterordnen. Ein integriertes Westeuropa würde dann übrigens ebenfalls nur die Gestalt eines Konzern-Bündnisses annehmen können, in dem die stärkste Industriemacht die politischen Maßstäbe setzt und mit dessen Hilfe sie die nationalen Gesellschaften ganz Westeuropas kommandiert. Da der Prozeß der Wirtschaftskonzentration selbst weder aufhaltbar ist noch aufgehalten werden sollte, sind folglich eine demokratische Bundesrepublik wie ein vereintes und dennoch demokratisch bleibendes Westeuropa nur möglich, wenn alle Teile der Gesellschaft an den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen teilhaben, das heißt, wenn sie mitbestimmen. Die Demokratisierung der großen Konzerne, ihre Kontrolle durch die gesamte Gesellschaft, ist daher der Schlüssel für die Ermöglichung der Demokratie auch in der Zukunft.

Die durch den Zwang zu größeren wirtschaftlichen Produktionseinheiten und größeren Markträumen entstehenden Probleme zwingen also von sich aus keineswegs, wie es das Formierungsprogramm unterstellt, zur Beseitigung der Demokratie — sie können ebenso, und sogar viel besser, durch die volle Verwirklichung der Demokratie gelöst werden. Dazu ist die Voraussetzung die Abwehr des Formierungsprogramms, d. h. also der Notstandsgesetzgebung, der Finanzverfassungsreform und all der anderen pragmatischen Schritte, die in die Formierte Gesellschaft führen sollen, und die Durchsetzung einer nicht nur caritativ, sondern vor allem politisch verstandenen Mitbestimmung gerade über diejenigen industriellen Machtzentren, von denen heute die antidemokratischen Bestrebungen ausgehen.